Rat und Verwaltung

Rat und Verwaltung: Weniger Anhänger sollten auf Juister Straßen stehen

Beigetragen von S.Erdmann am 23. Jan 2018 - 22:53 Uhr

Der Bau- und Umweltausschuss befasste sich auf seiner letzten Sitzung am Montagabend im Dorfgemeinschaftshaus „Alte Schule“ mit den Kompensationsmaßnahmen, die noch im Bereich der Insel nötig sind. Der Gesetzgeber schreibt entsprechende Flächen für bereits erfolgte Baumaßnahmen (Seebrücke), die Festsetzung von Bauflächen in den Bebauungsplänen und zukünftige Bauvorhaben vor. Zwischenzeitlich liegen Vorstudien vom Landschaftsplanungsbüro Ecoplan und dem Stadtplanungsbüro Weinert dazu vor.

Der Ausschuss empfahl, die in den Studien erarbeiteten Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen. Es handelt sich um ein Flächenvolumen von ca. 10 Hektar. Dabei geht es um verschiedene Maßnahmen an unterschiedlichen Orten, so sollen z. B. Blühwiesen und Fallobstbereiche entstehen, ebenso sollen Flächen von den Kartoffelrosen befreit werden. Auch die bei Bevölkerung und Ausschuss ungeliebte Vernässung von Wattflächen stehen noch in den Studien, sollen aber nach Möglichkeit vermieden werden und nur zum Tragen kommen, wenn die anderen Maßnahme nicht ausreichen sollten.

Die Auftragsvergabe für den Einbau von behindertengerechten Eingangstüren im Erlebnisbad TöwerVital wurde indes ohne Beschlussempfehlung an den Rat gegeben. Es waren zu viele Fragen offen, insbesondere wie die Türen beschaffen sein sollen. Bei der Witterung auf der Insel haben sich z. B. am Hafen automatische Schiebetüren nicht bewährt, daher sollten diese oben auf der Düne im Bad auch nicht eingebaut werden. Leider war wegen Krankheit kein Mitarbeiter von der Bauunterhaltung da, so dass diese Fragen nicht beantwortet werden konnten. Ausschussvorsitzender Hans-Ludwig de Vries (CDU) sprach ohnehin von einer Wiedervorlage, der Einbau entsprechender Türen sei vor drei Jahren schon mal abgelehnt worden. Meint Habbinga (Pro Juist) vermisste die Vergleichsangebote von anderen Firmen, zudem zeigte er sich verwundert darüber, dass die Ausschreibung vom Badleiter und nicht von der Abteilung Bauunterhaltung durchgeführt wurde.

Bei den Kenntnisgaben der Verwaltung – dieser Punkt nahm am meisten Zeit ein - informierte Bauamtsleiterin Karoline Engel über eine Mitteilung vom NLWKN, wonach dieses nun der Ansicht sei, dass auch der etwas vergrößerte Bauteppich für den Wiederaufbau der „Sturmklause“ durchaus genehmigungsfähig sei. Bisher war man dort der Ansicht, nur auf den alten Flächen des abgebrannten Gebäudes sei ein Neubau möglich, aber der Unterschied zum größeren Bauteppich wäre nun doch nicht so gravierend. Nun kann der Bauherr anders planen, der Ausschuss hält es für wünschenswert, wenn dessen ursprüngliche Pläne, alle Ware, Leergut, Anhänger usw. nicht auf dem Grundstück, sondern im Gebäude zu lagern, nun verwirklicht werden können.

Meint Habbinga stellte in diesem Zusammenhang fest, dass ohnehin viele Betriebe inzwischen eigene Anhänger zur Anlieferung von Frachtgut hätten, diese würden nun überall auf den Straßen rumstehen. Das sollte eingeschränkt werden, wer einen eigenen Anhänger hätte, solle auch entsprechenden Stellplatz auf dem eigenen Grundstück dafür vorhalten.

Ausschussmitglied Arend Janssen-Visser (CDU) wies darauf hin, dass die Verwaltung mal die zahlreichen Baustellen auf der Insel kontrollieren sollte, um festzustellen, welche Baufahrzeuge dort eingesetzt würden. Es fehle die Kontrolle, wer oder was da fährt, denn vielfach würden Bürgersteige von Radladern kaputt gefahren und nachher ließe sich nicht mehr feststellen, wer es war. Bei den Juister Bauunternehmen würde man es auch genau erfassen, dieses müsse auch bei den hier tätigen Festlandsbetrieben der Fall sein.